

Antrag

**der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, BP, DP
WAV und des Zentrums**

**betr. Personenkreis gemäß Artikel 131
des Grundgesetzes.**

Der Bundestag wolle beschließen,
nachdem die in Artikel 131 des Grundgesetzes vorgesehene gesetzliche Regelung nicht bis zum 1. Juli 1950 fertiggestellt werden konnte:

1. Im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1950 sind zur Überbrückung der Zeit bis zur bundesgesetzlichen Regelung gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes zugunsten des darunter fallenden Personenkreises weitere 36 Millionen DM einzustellen.
2. Dieser Betrag ist nach den von den Ausschüssen für Beamtenrecht und für Heimatvertriebene erarbeiteten Richtlinien vom 8. Juli 1950 für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1950 zur Auszahlung zu bringen.

Bonn, den 26. Juli 1950

Dr. von Brentano und Fraktion
Ollenhauer und Fraktion
Euler und Fraktion
Dr. Seelos und Fraktion
Dr. Mühlendorf und Fraktion
Loritz und Fraktion
Frau Wessel und Fraktion